

Geschäftsadresse:

Große Kirchstraße 9 · 07545 Gera · Tel. (0365) 5 51 90 -27 FAX -28 · lag-ist-thueringen@web.de

Aktuelle Fachinformation: UN-Sonderberichterstatterin gegen Gewalt an Frauen und Mädchen kritisiert weltweit angewendetes Entfremdungssyndrom „PAS“ heftig und appelliert an Justiz und Politik

Der jüngst veröffentlichte Bericht¹ zur 53. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates (Agenda Punkt 3) kommt zum eindeutigen Ergebnis, dass die jahrzehntelange Anwendung des Entfremdungssyndroms PAS, auf einer Pseudotheorie beruht. Die unwissenschaftliche Praxis in Sorgerechtsverfahren hat weltweit unzähligen Müttern und Kindern unbeschreibliches Leid zugefügt.

Reem Alsalem, UN-Sonderberichterstatterin gegen Gewalt an Frauen und Mädchen und ihre Ursachen und Folgen, hat mehr als tausend Sorgerechtsverfahren akribisch ausgewertet und analysiert und zeigt in ihrem Bericht auf, dass häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch an Kindern und Kinderpornografie von staatlichen Behörden und von der Justiz in Sorgerechtsverfahren oft gänzlich ignoriert wurden.

Das Entfremdungssyndrom PAS, eine „Lehre“ von Gardener aus dem Jahr 1950, die von der heutigen Wissenschaft wegen seiner nicht nachgewiesenen Evidenz und der totalitären Ausrichtung kritisiert wird, hat sich nichtsdestotrotz auch in deutschen und Thüringer Gerichtssälen etabliert. Mütter, die sich von ihren gewalttätigen Partnern und Kindesvätern trennen, sind deshalb gerichtlich bzw. behördlich angeordneten gefährdenden und häufig (re-)traumatisierenden Kontakten ausgeliefert.

Mit dem aktuellen Bericht ergeht nunmehr der dringende Appell an Politik und Justiz, an Richter:innen, Gutachter:innen, Verfahrens- und Rechtsbeistände, das Pseudosyndrom PAS nicht länger anzuwenden.

Auch in Thüringen sind Mütter und deren Kinder mit Gerichtsverfahren konfrontiert, in denen häusliche Gewalt ausgeklammert oder bagatellisiert wird, wo der Wille des Kindes nicht akzeptiert, stattdessen das Kindeswohl gefährdet wird und diese Kinder oft lebenslang darunter leiden. Zwangskontakte mit dem Elternteil, vor dem die Kinder Angst haben, sind nicht selten Behörden- und Gerichtspraxis.

Die Thüringer Interventionsstellen schließen sich dem aktuellen Appell an und fordern Begriffe wie PAS, Entfremdungssyndrom, Erziehungsunfähigkeit und Bindungsintoleranz aus Gutachten und Gerichtsurteilen zu entfernen.

In Sorgerechtsverfahren muss endlich konsequent häusliche Gewalt in deren Gefährlichkeit, gerade in Zeiten der Trennung und ihr Wirken in die Zukunft berücksichtigt werden. Der Fokus muss stattdessen auf dem elementaren Bedarf und dem Recht auf Sicherheit und Schutz liegen.



Kathrin Nordhaus LAG Sprecherin

Gera, den 16.05.2023